

Wir sind der Auffassung, dass ein Verbot von Überstunden gerade die KMU, die man jetzt so pflegen möchte, treffen könnte. Es ist anzunehmen, dass die eine oder andere Firma Aufträge ablehnen würde. Gewiss gibt es mit der Anbietergemeinschaft die Möglichkeit, da und dort zusammenzuarbeiten, aber das ist nicht immer gleich gut möglich. Es können auch Aufträge sein, die existenzerhaltend sein können. Dann ist es doch besser, ein paar Überstunden zu leisten, um den Auftrag überhaupt ausführen zu können, als dies nicht zu tun und damit vielleicht den Betrieb zu gefährden. Es gibt auch andere Branchen, bei denen unvorhergesehene Situationen eintreten können. Personal-, Maschinen-, Materialausfälle – das sind Dinge, wo sie plötzlich einen gewissen Spielraum haben.

Ich habe immer den Eindruck, dass man mit der Auffassung, man solle die Arbeit anders, besser verteilen, weil sich damit die Probleme lösen würden – so viele Überstunden ergäben so viele Arbeitsplätze –, von einer falschen Vorstellung ausgeht, nämlich: dass Arbeit ein gegebenes Volumen habe und dass es eigentlich nur darum gehe, wie man dieses gegebene Volumen verteile.

Aber Arbeit hat eben kein gegebenes Volumen. Wenn man es falsch macht, dann schrumpft das Volumen der Arbeit, und wenn man es richtig macht, dann wird es grösser. So kann es sein, dass man Arbeit besser verteilt, aber nachher die Arbeitslosigkeit trotzdem gleich gross bleibt. Herr Widmer hat nur auf das Äquivalent hingewiesen – nicht in der Meinung, man könne alle Überstunden transferieren und aufzufangen. Aber prinzipiell ist es eben so, dass die neue Verteilung von Arbeit, durch eine Arbeitszeitverkürzung oder das Verbot von Überstunden, zum Gegenteil von dem führen kann, was man anstrebt. Es gibt ja z. B. auch Unternehmen, die bei Arbeitslosigkeit Personalknappheit haben; es gibt ja auch grosse Bereiche, wo sich niemand finden lässt, wo Spezialisten fehlen. Wenn solche Spezialisten keine Überstunden leisten dürfen oder wenn sie sogar einen Arbeitszeitabbau haben, dann können sie nicht durch Arbeitslose ersetzt werden, weil diese dem Anforderungsprofil nicht entsprechen. Damit wird die Gesamtproduktivität verkleinert; die gesamtwirtschaftliche Leistung wird verkleinert, und damit wird die Arbeitslosigkeit tendenziell eher höher. Sogar wenn man das kompensiert und wenn man Arbeitszeit abbaut und voll mit Geld kompensiert, wird die Arbeit teurer, und das wirkt sich auf die Konkurrenzfähigkeit sofort wieder negativ aus. So einfach sind die Dinge eben nicht!

Deshalb meinen wir, Flexibilität sei wichtig. Mit einem flexiblen Arbeitsmarkt – davon bin ich überzeugt – wird die Arbeitszeit wie in den letzten Jahrzehnten durch die Produktivitätsgewinne immer kürzer. Aber das muss aus den flexiblen Arbeitsmärkten heraus wachsen; zur Flexibilität gehört eben auch die Möglichkeit, Überstunden zu leisten – aber immerhin in begrenztem Masse.

2. Zur rechtlichen Frage: Wir wollen uns nicht dahinter verschanzen, aber es ist einfach so: Das Beschaffungsregime des Bundes setzt die Vorschriften des WTO-Übereinkommens vom 15. April 1994 über das öffentliche Beschaffungswesen um. Dieses lässt für die Vergabe nur auftragsbezogene Kriterien zu; ein Eignungskriterium, welches Überstunden ausschliesst, ist nach den WTO-Regeln unzulässig, weil es zu Intransparenz und Ungleichbehandlung der Anbieterinnen und Anbieter führen kann. Vergaben nach diesem Kriterium wären also rechtlich nicht möglich, aber wir meinen – hier haben wir mehr Zweifel als die Votanten –, dass auch die praktische Umsetzung schwierig würde. Sie sehen schon, wie schwer wir es mit der Schwarzarbeit haben. Hier sind wir dann wieder auf der gleichen Seite: Schwarzarbeit muss bekämpft werden. Aber Überstundenkontrollen sind nur sehr schwer möglich; deshalb meinen wir, sie seien auch nicht praktikabel.

Indirekt berücksichtigen wir natürlich diesen ganzen Problemkreis schon auch ein bisschen, indem wir nämlich vorgängig zur Vergabe die personelle Kapazität eines Arbeitgebers mit überprüfen; das ist selbstverständlich. Wir geben nicht einem ganz kleinen einen sehr grossen Auftrag, so dass er nur mit Überstunden arbeiten kann – das wäre auch nicht

korrekt –, sondern die Überstunden sind an sich ein Element, das er für Unvorhergesehenes braucht, wenn etwas passiert. Aber die Gesamtkapazität muss er vernünftig garantieren können; das ist selbstverständlich.

Alle diese Argumente führen uns gesamthaft dazu, dass wir Ihnen empfehlen, diese Motion abzulehnen.

Rennwald Jean-Claude (S, JU): Monsieur le Conseiller fédéral, il y a tout de même un élément, à mon avis extrêmement important, qui ne ressort clairement ni de la réponse écrite à la motion Grobet ni de votre intervention, à savoir: est-ce que, pour vous, les heures supplémentaires sont quelque chose d'exceptionnel qui permet de faire face à des situations exceptionnelles particulières ou est-ce que ces heures supplémentaires sont érigées en règle, en norme, qui finalement permet de détourner la durée légale ou conventionnelle du travail?

Villiger Kaspar, Bundesrat: Ich kann diese Frage leicht beantworten. Ich habe vorhin auch versucht, das zu sagen: Überstunden sollten ja in dem Sinn nicht die Regel sein. Sie beinhalten einigermassen eine Bremse, indem sie teurer sind als normale Arbeitsstunden, so dass für ein normales Geschäft ein Anreiz besteht, ohne Überstunden auszukommen. In diesem Sinne gebe ich Ihnen recht: Das ist nicht der Normalzustand. Aber man braucht diese Beweglichkeit, um gewisse Spitzen aufzufangen, und das kann bei einem Auftrag auch einmal entscheidend sein.

Präsident: Der Bundesrat beantragt, die Motion abzulehnen. Der Motionär hält an der Motion fest.

Abstimmung – Vote

Für Überweisung der Motion
Dagegen

57 Stimmen
91 Stimmen

98.028

Dringliche Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich

Mesures d'urgence dans le domaine de l'asile et des étrangers

Dringlichkeitsklausel – Clause d'urgence

Siehe Seite 1289 hiervor – Voir page 1289 ci-devant
Beschluss des Ständerates vom 24. Juni 1998
Décision du Conseil des Etats du 24 juin 1998

Präsident: Auf der Fahne steht der Antrag der Minderheit Fankhauser, welche die Dringlichkeit nicht gewähren möchte. Die Diskussion über diesen Minderheitsantrag ist geführt worden. Wir behandeln diesen Antrag im Rahmen der generellen Abstimmung über die Gewährung der Dringlichkeit.

Namentliche Abstimmung
Vote nominatif
(Ref.: 2072)

Für Annahme der Dringlichkeitsklausel stimmen:
Acceptent la clause d'urgence:

Antille, Aregger, Baader, Bangerter, Baumann Alexander, Baumberger, Bezzola, Bircher, Blaser, Blocher, Bonny, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Cavadini Adriano, Christen, Comby, David, Deiss, Detting, Dreher, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Engelberger, Engler, Epiney, Eymann, Fehr Hans, Filliez, Fischer-



Hägglingen, Fischer-Seengen, Freund, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Fritschi, Gadiant, Giezendanner, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gusset, Gysin Hans Rudolf, Hasler Ernst, Heberlein, Hegetschweiler, Heim, Hess Otto, Hess Peter, Hochreutener, Imhof, Keller Rudolf, Kofmel, Kühne, Kunz, Langenberger, Lauper, Leu, Leuba, Loeb, Loretan Otto, Lötscher, Maitre, Meier Samuel, Moser, Müller Erich, Oehrli, Philipona, Raggenbass, Randegger, Ruckstuhl, Sandoz Suzette, Schenk, Scheurer, Schlüer, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Speck, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steinemann, Steiner, Stucky, Theiler, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vetterli, Vogel, Waber, Weyeneth, Widrig, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zwygart (104)

Dagegen stimmen – Rejettent la clause d'urgence:
 Aeppli, Aguet, Alder, Banga, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlin, Béguelin, Berberat, Borel, Bühlmann, Burgener, Carobbio, Cavalli, Chiffelle, de Dardel, Fankhauser, Fässler, Fehr Jacqueline, Gennser, Goll, Gonseth, Grobet, Gross Jost, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner Ursula, Häggerle, Herczog, Hollenstein, Hubmann, Jans, Jaquet, Jeanprêtre, Jutzet, Keller Christine, Leemann, Marti Werner, Maury Pasquier, Müller-Hemmi, Ostermann, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Roth, Semadeni, Strahm, Stumpf, Teuscher, Thanei, Thür, Tschäppät, Vollmer, von Allmen, von Felten, Weber Agnes, Widmer, Zbinden (58)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:
 Dormann, Schmid Odilo (2)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:
 Binder, Bührer, Caccia, Columberg, Ehrler, Fasel, Fehr Lisbeth, Föhn, Grendelmeier, Gross Andreas, Guisan, Günter, Lachat, Leuenberger, Maspoli, Maurer, Meier Hans, Meyer Theo, Mühlmann, Nabholz, Pelli, Pidoux, Pini, Ratti, Ruf, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Scherrer Jürg, Simon, Spielmann, Stamm Judith, Suter, Vermot, Weigelt, Ziegler (36)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht
La majorité qualifiée est acquise

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

97.449

**Parlamentarische Initiative
(RK-SR)
Schaffung und Anpassung
gesetzlicher Grundlagen
für Personenregister.
Verlängerung der Übergangsfrist
im Datenschutzgesetz**

**Initiative parlementaire
(CAJ-CE)
Création et adaptation
de bases légales applicables
aux registres des personnes.
Prolongation du délai de transition
prévu dans la loi
sur la protection des données**

Dringlichkeitsklausel – Clause d'urgence

Siehe Seite 1296 hiervor – Voir page 1296 ci-devant
 Beschluss des Ständerates vom 24. Juni 1998
 Décision du Conseil des Etats du 24 juin 1998

Namentliche Abstimmung
Vote nominatif
 (Ref.: 2205)

Für Annahme der Dringlichkeitsklausel stimmen:

Acceptent la clause d'urgence:

Antille, Aregger, Baader, Bangerter, Baumann Alexander, Baumberger, Bezzola, Bircher, Blaser, Blocher, Bonny, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühlmann, Caccia, Cavadini Adriano, Christen, Comby, David, Deiss, Dettling, Dormann, Dreher, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Engelberger, Engler, Epiney, Eymann, Fehr Hans, Filliez, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Freund, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Fritschi, Gadiant, Gennser, Giezendanner, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Guisan, Gusset, Gysin Hans Rudolf, Hasler Ernst, Heberlein, Hegetschweiler, Heim, Hess Otto, Hess Peter, Hochreutener, Hollenstein, Imhof, Keller Rudolf, Kofmel, Kühne, Kunz, Langenberger, Lauper, Leu, Leuba, Leuenberger, Loeb, Loretan Otto, Lötscher, Maitre, Meier Samuel, Moser, Müller Erich, Nabholz, Oehrli, Ostermann, Philipona, Raggenbass, Randegger, Ruckstuhl, Sandoz Marcel, Sandoz Suzette, Schenk, Scheurer, Schlüer, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Speck, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steinemann, Steiner, Stucky, Teuscher, Theiler, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vetterli, Vogel, Waber, Weyeneth, Widrig, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zwygart (116)

Dagegen stimmen – Rejettent la clause d'urgence:
 Cavalli, Fehr Jacqueline, Goll, Herczog, Hubmann, Jaquet, Stumpf (7)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:
 Aguet, Banga, Baumann Ruedi, Béguelin, Burgener, Chiffelle, de Dardel, Fankhauser, Fässler, Gonseth, Hafner Ursula, Jans, Jutzet, Marti Werner, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rennwald, Roth, Thür, Vollmer, von Allmen, von Felten (22)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:
 Aeppli, Alder, Baumann Stephanie, Bäumlin, Berberat, Binder, Borel, Bührer, Carobbio, Columberg, Ehrler, Fasel, Fehr Lisbeth, Föhn, Grendelmeier, Grobet, Gross Andreas, Gross Jost, Günter, Gysin Remo, Haering Binder, Häggerle, Jeanprêtre, Keller Christine, Lachat, Leemann, Maspoli, Maurer, Meier Hans, Meyer Theo, Mühlmann, Müller-Hemmi, Pelli,



Dringliche Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich

Mesures d'urgence dans le domaine de l'asile et des étrangers

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1998
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	98.028
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	24.06.1998 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1365-1366
Page	
Pagina	
Ref. No	20 044 141